

Abschlussbericht meiner Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 2014 - 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Mai 2014 wurde ich als Abgeordneter in das Europäische Parlament gewählt. Ich war damals angetreten, um mich insbesondere für solide Finanzen, eine bürgernahe Politik, freien Wettbewerb, den Erhalt der persönlichen Freiheit, den Abbau von Bürokratie und für eine schlanke, subsidiäre EU einzusetzen. Im Juli 2019 scheidet nun nach fünf Jahren aus dem Parlament aus, und ich bin stolz darauf, meinen Grundsätzen sowohl während meiner Parteizugehörigkeit als auch als unabhängiger Abgeordneter (2018-2019) treu geblieben zu sein. Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Im Folgenden erhalten Sie einen Einblick in meine Tätigkeit der vergangenen fünf Jahre, außerdem zeige ich Ihnen in meinem [Abschluss-Video](#) wichtige Fakten. Schließlich sind Reden und Veröffentlichungen das eine, das Wesentliche sind bei Abgeordneten jedoch ihre Abstimmungen. Daher finden Sie [hier](#) eine Zusammenstellung von Abstimmungen des Europäischen Parlaments, die ich für wesentlich halte.

Meine Funktionen im Parlament

Ich trat 2014 nach meiner Wahl der drittgrößten Fraktion im Europäischen Parlament, den Europäischen Konservativen und Reformern (EKR), bei. Anfangs waren wir acht, später sechs deutsche Europaabgeordnete. Unsere Fraktion ist EU-kritisch und steht insbesondere einer weiteren Aushöhlung nationaler Souveränitätsrechte zugunsten von Brüsseler Institutionen sehr skeptisch gegenüber. Die EKR vertrat ich als Haushaltspolitische Sprecher der Fraktion im Haushaltsausschuss. Außerdem übernahm ich die Leitung der EU-Kanada-Delegation. Später wurde ich zudem Mitglied des Sonderausschusses Terrorismus, der nach den Brüsseler Anschlägen vom März 2016 eingerichtet wurde. Weiter war ich Schatzmeister der deutschen Delegation in der EKR, seit 2018 auch deren Leiter.

EU-Haushalt – weniger ist manchmal mehr

- Meine grundsätzlichen Positionen

Im EU-Haushaltsausschuss habe ich stets für einen schlanken, effizienten Haushalt gekämpft. Mein Credo war und ist: Nur was auf der EU-Ebene besser als in den Mitgliedsstaaten erledigt werden kann, soll dort auch finanziert und umgesetzt werden. Alles andere gehört im Sinne der Subsidiarität und Bürgernähe auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene geregelt. Themen, bei denen die EU bessere Ergebnisse als die Mitgliedsstaaten erzielen kann, sind beispielsweise die Handelspolitik, der Binnenmarkt, internationale Forschung, grenzüberschreitende Infrastrukturprogramme oder auch die Bewältigung von Migration und die Bekämpfung von Terrorismus. Dagegen sind die Sozial- und Währungspolitik nicht für die EU geeignet, da die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten zu groß sind und EU-Regelungen mehr beschädigen als helfen. Ich bin gegen eine Umverteilungs-Union!

Davon unabhängig darf immer nur so viel Geld ausgegeben werden, wie auch wirklich nötig ist. In der EU wird viel zu viel nach dem Motto ausgegeben, wenn die einen etwas erhalten, müssen die anderen auch etwas bekommen. Beispielhaft sehen Sie das an der Anzahl der Kommissare in der EU-Kommission: haben Sie sich schon mal gefragt, warum das 28 sind? Nicht, weil man diese Anzahl Kommissare braucht, nein, einfach, damit jeder Mitgliedsstaat einen Posten erhält.

Abschlussbericht meiner Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 2014 - 2019

- *EU-Jahreshaushalt – Geld nur für sinnhafte Projekte ausgeben*

Der Haushaltsausschuss beschäftigt sich permanent mit der Verwendung von Geldern der EU, was letztlich die Gelder der Steuerzahler sind. Vor diesem Hintergrund sollte man erwarten, dass zumindest von weiten Teilen der Ausschussmitglieder eher ausgabenkritische Positionen an den Tag gelegt werden. Meine Erfahrungen haben mich indes eines Schlechteren belehrt. Statt kritisch jahrzehntelang herangezüchtete Ausgabenblöcke wie die EU-Agrarpolitik sowie die EU-Kohäsionspolitik zu hinterfragen, wurden diese Ausgaben von der Ausschussmehrheit als „nicht kürzbar“ angesehen. Wer wie ich für einen nachhaltigen, sparsamen und effizienten Haushalt plädierte und zudem dauerhafte Subventionierungen nach dem Gießkannenprinzip – die sowohl in der EU-Agrarpolitik wie auch in der EU-Kohäsionspolitik zur Genüge anzutreffen sind – kritisierte, galt schnell als Feind der europäischen Einigung, als Spalter und Störenfried. Dies galt es auszuhalten, denn ich habe mich stets als der Sachwalter der Steuerzahler verstanden.

Besonders widersprüchlich sind die Ausgaben für den doppelten Parlamentssitz in Brüssel und Straßburg, jährlich bis zu 100 Millionen Euro. Als „Gegenwert“ erhalten wir hierfür unnötig verstopfte Straßen und Luftverschmutzung. Eine EU, die noch nicht einmal diesen Missstand beseitigen kann, hat sich selbst diskreditiert.

- *Mehrfähriger Finanzrahmen MFR - Geld sparsam ausgeben, denn es ist das Geld der Steuerzahler*

Wie zu erwarten hat sich das Parlament trotz Brexit und dem damit anstehenden Einnahmeausfall vom zweitgrößten Nettozahler der EU nicht davon abbringen lassen, für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 eine Steigerung der Mittel um 30 Prozent (rund 1,3 Prozent der Bruttonationaleinkommens der EU-Mitgliedstaaten) zu fordern. Mehr sei immer gut, noch mehr wäre noch besser, war dabei die Parole. Dies hat mit seriöser, nachhaltiger Finanzierung nichts zu tun.

- *Unnötige Finanzinstrumente verzerren den Wettbewerb*

Finanzinstrumente wie der so genannte Europäische Globalisierungsanpassungsfonds EGF, der in die Sozialpolitik einzelner EU-Staaten eingreift, oder der so genannte Juncker-Plan EFSI und das Nachfolgeprogramm InvestEU, welches vor allem mehr Bürokratie und Wettbewerbsverzerrung bringt, habe ich konsequent abgelehnt. Wir brauchen mehr Markt und weniger Staat.

- *Erfolge im Haushaltsausschuss – steter Tropfen höhlt den Stein*

Erfolgreich war ich im Haushaltsausschuss als Berichterstatter zu neuen EU-Gesetzen, welche den Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden in der EU verbessern sollten, und mit Anträgen zur Erhöhung der Gelder für FRONTEX (EU-Grenzagentur) und weitere Mittel zur Steuerung und Begrenzung der Migration nach Europa. Ich bin davon überzeugt, dass meine Redebeiträge die Mitglieder im Haushaltsausschuss zumindest zum Nachdenken gebracht haben. Durch meine kritischen Beiträge habe ich dafür gesorgt, dass das Vorgehen des Ausschusses auch in seinen Begründungen durch die Fraktionen transparenter wurde.

Abschlussbericht meiner Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 2014 - 2019

Für eine schlanke, dezentrale EU

Derzeit gibt es im Europäischen Parlament eine deutliche Mehrheit für eine weitere Übertragung von Kompetenzen hin zur EU. Dies manifestiert sich in Forderungen nach einer Sozialunion mit europäischer Arbeitslosenversicherung, einem EU-Steuerrecht mit einem EU-Finanzminister, einem Finanz-Umverteilungsmechanismus in der EU, einer EU-Armee und schließlich die Aufwertung des Kommissionspräsidenten zu einem „echten“ Präsidenten der EU. Egal wie man es nennt – das Ergebnis wären die Vereinigten Staaten von Europa. Daneben wäre für die Nationalstaaten wie wir sie kennen kein Platz.

Ich halte dies für einen Irrweg, zumindest für die kommenden Jahrzehnte. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten sind viel zu groß, als dass sich die genannten Politikbereiche zentral steuern ließen. Das Ergebnis wäre eine Sozial- und Transferunion, in der völlig intransparent Leistungserbringer durch enorme Abgaben bestraft würden. Unser aller Wettbewerbsfähigkeit würde zerstört werden.

Keine Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen, Marktwirtschaft statt staatlich-gelenkte Wirtschaft

Gerade Subventionen verzerren immer den Wettbewerb. Daher dürfen sie nur gezahlt werden, wenn die notwendige (!) Leistung auf dem Markt nicht zu erhalten ist. Und auch nur so lange, wie dies gilt. Statt staatlicher Lenkung brauchen wir möglichst freie Märkte, die durch flankierende Rahmenbedingungen dem einfachen Bürger die gleichen Chancen geben wie großen Konzernen (soziale Marktwirtschaft). Durch Bürokratieabbau könnte der Wirtschaft mehr geholfen werden als durch Subventionen.

Raus aus dem Euro

Die Gemeinschaftswährung Euro ist gescheitert. Dies lässt sich an vielen Parametern ablesen: das Wirtschaftswachstum der Eurozone ist geringer als in Ländern außerhalb, seit zehn Jahren (!) muss der Euro gerettet werden, u.a. durch eine Nullzinspolitik und rechtswidrige Anleihekäufe der EZB. Wir erleben eine gigantische Verschiebung von Vermögen von den Sparern zu den Schuldnern und sind Zeuge, wie weitere Finanzblasen entstehen. Wehe, wenn diese platzen! Und sie werden platzen, es ist nur eine Frage der Zeit.

Daher muss die Eurozone umgestaltet werden. Entweder gehen die wirtschaftlich schwachen Länder, oder die anderen. Damit die wirtschaftlich schwachen Länder austreten, muss Deutschland als Alternative ernsthaft den Plan verfolgen, aus dem Euro auszutreten.

Sicherheit stärken, Terrorismus bekämpfen

Nach den Terroranschlägen in Brüssel und weiteren europäischen Städten wurde der Sonderausschuss Terrorismus eingerichtet. Dieser sollte Vorschläge des Europäischen Parlamentes zur Verhinderung solcher Anschläge vorlegen. Als ehemaliger Polizist freute ich mich, dort Mitglied zu werden. Wir haben in einem Bericht Vorschläge zur Bekämpfung religiösen Fanatismus, Extremismus sowie der Terrorfinanzierung und zum besseren Informationsaustausch zwischen Behörden gemacht. Das Ergebnis dieser Beratungen finden Sie [hier](#).

Abschlussbericht meiner Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 2014 - 2019

Migration steuern und begrenzen

Ende August 2015 öffnete Angela Merkel die Grenzen für Millionen Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten. Was als einmalige Hilfsaktion für wenige tausend gestrandeter Migranten am Budapester Bahnhof angedacht war, weitete sich zum größten Polit-Skandal der vergangenen Jahre aus. Statt die im sogenannten Schengener und Dubliner Abkommen festgeschriebenen Grundsätze zu befolgen, wurden Grenzkontrollen faktisch über Monate ausgesetzt. Statt nur unmittelbar Verfolgte in Deutschland aufzunehmen wurden auch Asyl- und Schutzsuchende, die sich schon in einem sicheren Drittstaat befanden, aufgenommen. Deutschland hat damit einen Riss durch die Politik der EU-Mitgliedsstaaten herbeigeführt. Dadurch wurden Terroranschläge, ein Kontrollverlust auf Seiten der Behörden, ein Ansteigen der Kriminalität, verstärkte Integrationsprobleme, massive Mehrkosten der Steuerzahler und eine Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas billigend in Kauf genommen.

Im Europäischen Parlament von links bis einschließlich der Mitte (der EVP) des politischen Spektrums fügt man sich dem angeblichen Schicksal und ergreift keinerlei ernsthafte Maßnahmen, die Migration zu begrenzen und zu steuern. Zusammen mit meinen Kollegen von der EKR vertrete ich jedoch die Auffassung, dass wir migrationswilligen Menschen am besten dadurch helfen, indem wir die Lebensbedingungen vor Ort verbessern. Daher sollte die EU viel mehr Geld als bisher dort investieren - in Schulen, Krankenhäuser, Ausbildungsbetriebe und den Agrarsektor. Flankierend sollte jeder EU-Mitgliedsstaat jährlich festlegen, wie viele Migranten er aufnehmen wird. Dabei sollte diese Angabe die mit den Bürgern festzulegende Aufnahmekapazität sein. Dies wäre eine „atmende Obergrenze“, die den Wert der Heimat erhält und dennoch großzügig Hilfe gewährt.

Waffenrecht nicht unnötig verschärfen

Nach den Brüsseler Terroranschlägen im März 2016 wurde von Seiten der EU-Kommission ein Vorschlag aus der Schublade geholt, der die bestehende Waffenrechtsrichtlinie von 2008 verschärfen sollte. Dabei führten die Vorschläge allerdings am Ziel vorbei. So wurde vor allem der gesetzeskonforme Waffenbesitz eingeschränkt, was insbesondere Jäger, Sportschützen und Waffensammler beeinträchtigte. Der Umstand, dass sich Kriminelle und Terroristen in der Regel Waffen auf **illegalem** Wege beschaffen, wurde ignoriert. Auch wurde nicht berücksichtigt, dass bereits zuvor das deutsche Waffenrecht eines der strengsten der Welt war und Statistiken belegen, dass der legale Waffenbesitz kaum Straftaten nach sich zieht. Entsprechend habe ich gegen diese Verschärfung gestimmt, als einer der wenigen deutschen Europaabgeordneten.

Energie und Diesel – die EU weiß nicht wohin sie will, aber sie erhöht das Tempo

Bereits vor meiner Wahl ins Europäische Parlament habe ich mich gegen die unsäglichke Energiepolitik der EU und speziell Deutschlands ausgesprochen. Obwohl noch immer nicht sicher belegt ist, welche Umweltveränderungen sich wie auf das Klima auswirken, werden seit Jahrzehnten einschneidende Regulierungen getroffen. Dabei ist es ja völlig unstrittig, dass möglichst wenig nicht erneuerbare Energieressourcen verwendet werden sollten. Aber die Frage ist doch, wie erreiche ich mit meinen Mitteln den höchsten Erfolg? Es ist doch naheliegend, dass die Erneuerung von einfach verglasten Fenstern hin zu doppelt verglasten mehr Einsparung bringt als der Wechsel von doppelt verglasten hin zu dreifach verglasten Fenstern. Dennoch streben wir in Deutschland eine perfekte Welt an, die es nicht geben wird.

Abschlussbericht meiner Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 2014 - 2019

Insbesondere fehlt für die Energie- und Umweltpolitik eine ganzheitliche Sicht. Viele meiner offensichtlich ahnungslosen Kollegen reden von Elektrofahrzeugen als emissionsfreier Alternative. Dabei ist dies eindeutig falsch, je nach Typ und betrachtet auf den Lebenszyklus sind diese Fahrzeuge mindestens so umweltbelastend wie benzin- oder dieselbetriebene Fahrzeuge. Dies führt zur skurrilen Situation, dass etwa in Hamburg für einzelne Straßen Fahrverbote verhängt werden, während schwerölbetriebene Handels- und Kreuzfahrtschiffe, die ein Vielfaches an Emissionen ausstoßen, ungehindert in den Hamburger Hafen einfahren dürfen. Vernünftige Energiepolitik sieht definitiv anders aus.

CETA – Handelsabkommen führen zu Wohlstandsgewinnen

Als ich in das Europäische Parlament einzog, war der Widerstand gegen Handelsabkommen im Allgemeinen und gegen das geplante TTIP-Abkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika im Speziellen sehr groß. Entsprechend war auch der Gegenwind für das EU-Kanada-Handelsabkommen CETA sehr stark. Ausgewogene Handelsabkommen stärken jedoch die Wirtschaft und mehren damit den Wohlstand der Bürger. Daher habe ich mich für dieses Handelsabkommen eingesetzt. Strittig war beim Handelsabkommen mit Kanada insbesondere die Regelung zur Konfliktbeilegung. Hier wurde mit der Schaffung eigener Gerichte ein großer Meilenstein erreicht. Entsprechend wurde nach Abschluss des CETA-Abkommens im Jahre 2017 von einem Handelsabkommen nach Goldstandard gesprochen. Bis heute gibt es hierzu keine Klagen von Bürgern oder Unternehmen, das Abkommen dient als Vorlage für weitere Handelsverträge, etwa mit Japan, Australien und Neuseeland.

Für mehr Bürgernähe

Bürgernähe ist mir ein Herzensanliegen. Politiker sind von den Bürgern gewählt und sollten für diese auch da sein. Entsprechend habe ich stets einen engen Kontakt zu den Bürgern gehalten. Hierzu einige Aspekte:

- Besuchergruppen

Pro Jahr habe ich 3-4 Besuchergruppen im Europäischen Parlament sowohl in Brüssel als auch in Straßburg betreut.

- Veranstaltungen

In Brüssel habe ich zu folgenden Themen Veranstaltungen durchgeführt:

- Zukunft der EU-Finzen (Juni 2015)
- Waffenrechtsrichtlinie (März 2016)
- Migration und Grenzkontrolle (Juni 2017 sowie April 2019)
- Berufsausbildung in Pakistan (März 2019)

- Publikationen

Meine Publikationen zu Themen wie Migration, Waffenrecht, freiem Handel, EU-Zentralisierung und Haushaltspolitik sind [hier](#) zu finden.

Abschlussbericht meiner Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 2014 - 2019

- Homepage, Facebook und Twitter

Zur modernen Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Präsenz im Netz sowie auf den sozialen Medien. Ich habe mich dabei auf meine Homepage sowie auf meine Konten/Kanäle bei Facebook, YouTube und Twitter konzentriert.

- Bürgerbriefe

In den letzten fünf Jahren wurden viele Bürgerbriefe und noch mehr E-Mails an mich gesendet. Sofern diese Anschreiben individuellen Inhalt hatten, habe ich diese grundsätzlich beantwortet.

Meine Medien und Öffentlichkeitsarbeit

Als Abgeordneter im Europäischen Parlament hat man es insbesondere in Deutschland schwer, über die etablierten Medien in die Berichterstattung zu kommen. Offensichtlich wird zu wenig beachtet, dass das Europäische Parlament nicht wie früher ohne wirkliche Kompetenzen ist. Vielmehr hat diese EU-Institution seit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages im Jahr 2009 umfassende Gesetzgebungskompetenzen. Anders ausgedrückt: Keine neue Verordnung, keine neue Richtlinie der EU kann ohne Zustimmung des Europäischen Parlamentes in Kraft treten. Im Vergleich dazu bildet das Parlament nach wie vor ein Mauerblümchendasein in deutschen Medien, kaum einmal gelangen die Vorgänge dort in die Hauptnachrichten. Erst recht wird den Bürgern vorenthalten, welches politische Spektrum vertreten ist. Berichterstattungen beschränken sich meist darauf, dass „man in Brüssel dieser oder jener Meinung sei oder einen Beschluss gefasst habe“. Dies wird den unterschiedlichen Meinungen der Bürger nicht gerecht und vermittelt ihnen ein Gefühl der Ohnmacht: wo sind denn die Abgeordneten, die ich gewählt habe, weil sie meine Meinung vertreten? Letztlich führt dies zu Frust und Wahlmüdigkeit bei den Bürgern und ist eine ernste Gefahr für die Demokratie.

Insbesondere deutsche Leitmedien sahen und sehen nicht gerne, wenn deutsche Politiker sich dagegen verwehren, in den allgemeinen Kanon einer EU-Lobeshymne einzufallen und die EU wie ich eher von ihrer pragmatischen Seite sehen. Diese romantisierende Sichtweise der **angeblichen** Europafreunde hat uns zum Beispiel die Euro-Währung mit allen nachfolgenden Verwerfungen in einzelnen Ländern oder die Migrationskrise der Jahre 2015ff beschert.

Daher habe ich meine Tätigkeit über die sozialen Medien so gut es ging transparent gemacht. Ergänzend konnte ich in etablierten Medien außerhalb Deutschlands in Interviews über meine Tätigkeiten und Auffassungen berichten, beispielweise in Sendern wie CNN (Vereinigte Staaten), BBC und Sky News (Vereinigtes Königreich), Izvestia (Russland), Xinhua (China), Latvias Radio (Lettland) oder SRF (Schweiz). Dennoch, das ist aus Sicht der Bürger viel zu wenig. Ich kann daher nur an die etablierten Medien appellieren, wesentlich umfangreicher über die Tätigkeit der Abgeordneten im Europäischen Parlament zu berichten.

Abschließend: Zahlen und Fakten – und mein persönlicher Spaßfaktor ☺

Zum Abschluss meines Berichts finden Sie unten noch einige Zahlen und Fakten zu meiner Tätigkeit im Europäischen Parlament von 2014-2019. Davon unabhängig: mir hat die Arbeit dort viel Spaß gemacht und meinen Lebens- und Erfahrungshorizont erheblich erweitert.

Abschlussbericht meiner Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 2014 - 2019

Es war mir eine Freude und eine Ehre, mich für Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, einzusetzen. Ich respektiere stets andere Meinungen, und zur Demokratie gehört, dass man am Ende das macht, wofür es eine Mehrheit gibt. Vor der Abstimmung stehen aber die Diskussionen, und für die braucht man unterschiedliche Meinungen. Mit Herzblut habe ich meine Argumente vorgetragen und für gute Lösungen gekämpft. Motto war mir stets: wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Herzliche Grüße und Gottes Segen und Glück für Sie,
Ihr Bernd Kölmel

Zahlen und Fakten

- 3-4 Besuchergruppen pro Jahr in Brüssel oder Straßburg betreut
- 5 Veranstaltungen im Europäischen Parlament hauptverantwortlich organisiert
- 9287-mal abgestimmt (an 95 % der Abstimmungen teilgenommen)
- 27 Schriftliche Anfragen an die Kommission
- 312 Reden
- 4-mal Berichterstatter zu einer Stellungnahme des Haushaltsausschusses
- 79-mal Schattenberichterstatter
- 445 Änderungsanträge
- 251 Abstimmungserklärungen
- zu 97 % anwesend im Plenum